

Zum 40. Jahrestag des Volksentscheids in Sachsen

# Enteignung der Monopolbourgeoisie schuf Grundlagen für Macht der Arbeiterklasse

Von Dr. Helene Fiedler,  
Sektorenleiter im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Im Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag stellte Genosse Erich Honecker fest, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und allen Werktätigen eine Gesellschaft gestaltet hat, die sich sehen lassen kann.

Ein bedeutsamer Meilenstein auf diesem Weg war der Volksentscheid zur Entmachtung der Kriegs- und Naziverbrecher vor nunmehr vierzig Jahren am 30. Juni 1946 im damaligen Land Sachsen. An ihm beteiligten sich 93,71 Prozent aller Stimmberechtigten. Davon beantworteten 77,62 Prozent die Frage „Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?“ mit Ja.

Mit dem Ziel, die Wurzeln des Krieges endgültig auszurotten, vollzogen die Werktätigen die tiefgreifendste sozialökonomische Umwälzung in der Geschichte des deutschen Volkes: Die Enteignung der Monopolbourgeoisie und die Umwandlung ihres durch Ausbeutung, Kriegsgewinne und Raub angehäuften Besitzes in Volkseigentum. Durch die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher gelangten alle Betriebe der imperialistischen Monopole, die gesamte Schlüsselindustrie, in das Eigentum des Volkes. Die Arbeiterklasse erkämpfte sich damit neue Positionen im Ringen um die Eroberung der politischen Macht, für die Errichtung eines demokratischen Friedensstaates.

## Vereinte Arbeiterklasse gab die Kraft

Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 in Berlin verlieh der Arbeiterklasse die Kampfkraft, um die entscheidende Auseinandersetzung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte mit den aggressivsten Kreisen der Monopolbourgeoisie führen zu können. In den Grundsätzen und Zielen der SED, ihrem ersten Parteiprogramm, forderte die geeinte Arbeiterpartei: „Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsgorgane.“

Der Parteivorstand der SED schlug allen antifaschistisch-demokratischen Kräften vor, gemeinsam gegen die Schuldigen an Faschismus und Krieg vorzugehen und in den Sequesterkommissionen, die bei den staatlichen Organen gebildet worden waren, ehestens zusammenzuarbeiten. Diese Kommissionen waren demokratische Machtorgane. In ihnen wirkten Vertreter aller Parteien und der demokratischen Massenorganisationen. Sie trugen belastendes Material über die Kriegsverbrecher und Nazis zusammen und stellten im engen Kontakt mit Gewerkschaftsleitungen und Betriebsräten die Listen der zu enteignenden Betriebe auf.

Auf die Liste A kamen Betriebe, die entschädigungslos enteignet werden sollten. Jene Eigentümer, deren Schuld geringer wog, sollten ihre zeitweilig beschlagnahmten Betriebe zurückerhalten. Diese wurden auf die Liste B gesetzt. In einer Liste C wurden Betriebe zusammengefaßt, über die die sowjetische Besatzungsmacht entschied, weil sie als ausgesprochene Rüstungsbetriebe den Reparationsbestimmungen des Potsdamer Abkommens unterlagen. Außerdem verzeichnete diese Liste solche Betriebe, deren Überprüfung noch nicht abgeschlossen war.

Bei der Aufstellung der Listen kam es zu starken ideologischen Auseinandersetzungen. Erich Honecker, in jenen Jahren Vorsitzender des Zentralrates der FDJ, schrieb in seiner Autobiographie „Aus meinem Leben“: „Ich entsinne mich noch gut der heftigen Auseinandersetzungen mit monopolkapitalistischen Kräften und rechtsopportunistischen Führern in den Westzonen sowie reaktionären Politikern bei uns. Mit allen erdenklichen Mitteln trachteten sie danach, den Volksentscheid zu verhindern oder zu stören. Weil sie ein eindeutiges Votum des Volkes gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg fürchteten, erfanden sie die unsinnigsten Parolen. So faselten sie, es werde jedes Privateigentum bedroht, die hohe Organisation der Wirtschaft zerstört, Handwerk und Gewerbe vernichtet, und ein Chaos sei unvermeidlich.“

Und Werner Eggerath, 1946 einer der paritätischen Vorsitzenden der SED-Landesorganisation von Thü-